

JANUAR '19/NR.1

# GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ



- ZERSIEDELUNGSINITIATIVE: FÜR EINEN MASSVOLLEN UMGANG MIT DEM BODEN 3
- GEMEINSAM FÜR DEMOKRATIE, UMWELTSCHUTZ UND SOLIDARITÄT IN EUROPA 4
- FRAUENWAHLJAHR 2019: WIR GEBEN DER GLEICHSTELLUNG SCHUB! 6

## ZUSAMMEN IN DIE #KLIMAWAHL2019





Die GRÜNEN sind bereit für den Sprung nach vorne. Wir gehen mit Hartnäckigkeit und Leidenschaft in die #Klimawahl2019.

## AUF IN DIE #KLIMAWAHL2019

In neun Monaten wird das nationale Parlament gewählt. Das ist gut so, denn die Zeit ist reif für Veränderung. Die rechtsbürgerliche Mehrheit hat überall tiefe Bremsspuren hinterlassen. In der Umweltpolitik ging es gar rückwärts. Mit der «Lex Beznau» zum Beispiel. Aber auch in der Verkehrspolitik. Dort hat der Chef des Bundesamtes für Strassen den Autowahn der 1970er-Jahre wieder aufleben lassen. Er träumt von doppelstöckigen Autobahnen, von breiteren Strassen für Offroadern, von sechsspürigen «Einfallsachsen» in die Städte. Er träumt nicht nur, er handelt auch und plant die grösste Strassenbauoffensive seit 20 Jahren. Nur Widerstand vor Ort kann ihn noch stoppen. In Biel, in Luzern,

in Bern: Überall gehen GRÜNE für umweltfreundliche Mobilität und lebenswerte Quartiere auf die Strasse. So wie in ihren Anfängen, vor 36 Jahren.

Auch die Klimapolitik steckt im Mief der fossilen Vergangenheit fest. «Nur ja nichts ändern», lautet die Devise der bürgerlichen Parteien beim CO<sub>2</sub>-Gesetz. Der Klimaschutz soll deshalb mittels Zertifikate-Ablasshandel ins Ausland verschoben werden. Flugticketabgabe? Lenkungsabgaben für Treibstoffe? Ersatz von Ölheizungen? Von all dem will der Nationalrat nichts wissen. Doch viele Abstimmungen fielen knapp aus. Mit fünf zusätzlichen grünen Sitzen hätten wir entscheidende Verbesserungen

durchsetzen können. Wir müssen die Wahlen 2019 gewinnen. Nur so bringen wir die Schweiz auf Klimakurs. Und die Sterne stehen gut: Würde morgen in der Schweiz gewählt, dann könnten die GRÜNEN von allen Parteien am stärksten zulegen. Doch uns wird nichts geschenkt. Jede Minute Engagement, jeder Spendenfranken, jedes Neumitglied entscheidet darüber, ob wir unser Ziel erreichen. Umweltschutz, Grundrechte, Gleichstellung, eine gerechte und nachhaltige Wirtschaft und eine Demokratie der Vielfalt: Der Aufbruch ist GRÜN. Hier und global!

Regula Rytz  
Präsidentin GRÜNE Schweiz,  
Nationalrätin BE  
@RegulaRytz

### SCHLUSS MIT MASSENTIERHALTUNG. JETZT UNTERSCHREIBEN!

#### Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz,  
Waisenhausplatz 21,  
3011 Bern, Tel.: 031 326 66 00,  
www.gruene.ch, gruene@gruene.ch,  
PC 80-26747-3; Auflage: 5500 Exemplare  
Redaktion: Natalina Töndury  
Grafik: Roman Gugger  
Druck: Bubenbergr Druck  
Fotos: Ben Zumbühl (S. 1, 2, 6),  
Béatrice Devènes (Porträts S. 5, 6, 7),  
Stefan Kubli (S. 8), European Greens (S. 4)

Die Initiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Massentierhaltungsinitiative)» will, dass die Würde des Tiers in der landwirtschaftlichen Tierhaltung konsequent respektiert wird. Die Massentierhaltung soll in der Schweiz nicht mehr zulässig sein – weil sie das Tierwohl aus Rentabilitätsgründen systematisch missachtet. Auch für Importprodukte tierischer Herkunft sollen Regelungen gelten, die das Tierwohl fördern und die Massentierhaltung möglichst ausschliessen.

Die GRÜNEN unterstützen die Initiative, hinter der auch Greenpeace und weitere Tier- und Umweltschutzorganisationen stehen. Denn der Verzicht auf Massentierhaltung fördert nicht nur die ökologische Landwirtschaft und das Tierwohl, sondern ist auch wichtig fürs Klima, für die Umwelt und für unsere Gesundheit.

Den Unterschriftenbogen können Sie hier herunterladen: <http://bit.ly/2UB0SwF>  
Weitere Infos auf [www.massentierhaltung.ch](http://www.massentierhaltung.ch)

# UNSEREN BODEN SCHÜTZEN

## ZERSIEDELUNG STOPPEN

Jeden Tag wird in der Schweiz eine Grünfläche von acht Fussballfeldern überbaut. Die Zersiedelung zerstört Natur und Landschaft. Am 10. Februar hat die Schweiz die Möglichkeit, sie zu stoppen – mit einem Ja zur Zersiedelungsinitiative.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden in der Schweiz hunderte Quadratkilometer Kulturland, naturnahe Landschaften und weitere Grünflächen überbaut. Nach wie vor geht jede Sekunde fast ein Quadratmeter Grünfläche verloren. Die Zersiedelung schreitet voran, weil verschwenderisch mit dem Boden umgegangen und das Bauland immer weiter ausgedehnt wird. Die Initiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» weist den Weg zu einer massvollen Nutzung des Bodens. Sie stoppt die Zersiedelung nachhaltig, indem sie die Bauzonen nicht mehr weiterwachsen lässt. Damit bewahrt sie die schönen Landschaften in der Schweiz und auch unsere eigene Lebensqualität. Durch einen bewussten Umgang mit dem Boden wird weiterhin genug Wohnraum für alle geschaffen, ohne dass dafür Grünflächen geopfert werden müssen.

### Nicht überall bauen

Solange immer weiter eingezont wird, gibt es keinen Anreiz zur massvollen Verdichtung nach innen. Die Zersiedelung wird weiter voranschreiten, mit immer gravierenderen Folgen für unsere Natur, Landschaft und Artenvielfalt. Und verbunden mit mehr

Verkehr und einem steigenden Energieverbrauch. Die Zersiedelungsinitiative verlangt deshalb, dass die Gesamtmenge an Bauzonen konstant bleibt und nicht weiter steigt. Gemeinden sollen aber die Möglichkeit haben, Bauland untereinander abzutauschen. Dadurch wird garantiert, dass die verbleibenden Reserven dort eingesetzt werden können, wo sie benötigt werden.

Damit nicht einfach mehr Bauten ausserhalb der Bauzonen bewilligt werden, fordert die Zersiedelungsinitiative auch hier klare Regeln. Primär sollen nur noch standortgebundene Bauten, Anlagen für die bodenabhängige Landwirtschaft und Bauten von öffentlichem Interesse (z.B. Wasserreservoir) ermöglicht werden.

### Nachhaltige Quartiere fördern

Die Zersiedelungsinitiative stärkt nachhaltige Quartiere, die verdichtet und ökologisch sind und eine hohe Lebensqualität bieten. Indem die Baureserven innerhalb des Siedlungsgebiets besser genutzt werden, wird der Wohnraum dort geschaffen, wo die Anbindung an den öffentlichen Verkehr gut ist. Durch grosszügig begrünte Flächen und eine gemeinsame Infrastruktur entsteht auch Raum für Freizeitangebote, die

## Zersiedelung stoppen



## Klug bauen

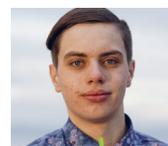
keinen langen Anreiseweg erfordern. Und wenn die Wege kürzer werden, steigt die Lebensqualität. Die Förderung von nachhaltigen Quartieren kann beispielsweise über die Abschaffung der Parkplatzpflicht oder eine angemessene Durchmischung von Kleingewerbe und Wohnen erfolgen.

Die Zersiedelungsinitiative bietet erstmals griffige Werkzeuge, um unser Kulturland zu schützen und zu erhalten. Gleichzeitig schafft sie die nötigen Rahmenbedingungen, um freien Platz effizienter zu nutzen. Deshalb engagieren wir GRÜNE und Junge Grüne uns gemeinsam für ein Ja zur Zersiedelungsinitiative am 10. Februar 2019.

**Zeigen Sie Flagge und bestellen Sie noch heute eine Fahne**

**«Zersiedelung stoppen JA»:**

[www.zersiedelung-stoppen.ch](http://www.zersiedelung-stoppen.ch)



Manolito Steffen  
Co-Präsident Junge Grüne Kanton St. Gallen,  
Kampagnensekretär Zersiedelungsinitiative



# EUROPAWEIT GRÜN EUROPAWEIT STARK

Bei den alles entscheidenden Europawahlen im Mai wollen wir den Kontinent gemeinsam mit unseren grünen Schwesterparteien ökologischer und sozialer machen. Nur so hat das Friedensprojekt Europa eine Zukunft.

Die GRÜNEN sind als einzige Partei in der Schweiz Mitglied einer europäischen Dachorganisation. Wir haben die Europäischen Grünen (European Green Party, EGP) 2004 sogar mitgegründet. Das zeigt: Das Thema «Europa» hat uns schon immer bewegt. Da war die kritische Haltung gegenüber dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Jahr 1992. Nebst dem Demokratiedefizit war für viele GRÜNE das Primat der Wirtschaft ein Ablehnungsgrund – trotzdem legten am Schluss 54 Prozent ein grünes Ja zum EWR in die Urne. Da war das «Ja, aber» zur Europäischen Union im Jahr 2006, als Antwort auf den Abschottungskurs der

erstarkenden SVP. Mehr Demokratie, Dezentralität, Umweltschutz und (internationale) Solidarität wurden als grüne Bedingungen formuliert. Heute setzen wir uns gemeinsam mit den grünen Schwesterparteien grenzüberschreitend für die Umsetzung dieser Ziele ein.

## Historische Weichenstellung im 2019

Die Europadiskussion wird in der Schweiz heute aus der Perspektive der nationalen Interessen, also des Bauchnabels geführt. Doch es geht um viel mehr. Die diesjährigen Wahlen in Europa werden zu einer historischen Weichenstellung: Die traditionellen Volksparteien sind in allen europäischen Ländern in der Krise und werden von populistischen Bewegungen überrollt. Diese stellen zunehmend die hart erkämpften Spielregeln der modernen, freiheitlichen Demokratie in Frage: Die Grund- und Menschenrechte und das ökologische und soziale Fundament einer nachhaltigen Wirtschaft mit starkem Service Public. In Ländern mit starken GRÜNEN konnte der Abstieg der traditionellen Volksparteien durch eine ökologische, weltoffene und soziale Alternative teilweise aufgefangen werden. Die GRÜNEN sind für Menschen in ganz Europa Hoffnungsträgerin für eine lebenswerte Zukunft. Diese Kraft gilt es auch in den Europa-

wahlen zu stärken. Wir sind das Bollwerk gegen den Rechtspopulismus und gegen die Durchsetzung des Rechts der Starken und Skrupellosen weltweit.

## Grüne Politik ist soziale Politik

Wie stark viele Menschen heute unter Abstiegsängsten leiden, zeigt die Bewegung der «Gilets Jaunes» in Frankreich. Eine Ökosteuer auf Diesel trieb Hunderttausende auf die Strasse. Rasch wurde klar, dass sich die Wut der «Gilets Jaunes» nicht gegen den Klimaschutz richtet, sondern gegen Sozialabbau und Steuersenkungen für die Reichsten. Grüne Politik muss deshalb immer soziale Politik sein. Sie muss den Menschen Sicherheit und Perspektiven geben. Aus diesem Grund werden wir GRÜNE in der Schweiz auf eine Nachbesserung des Rahmenvertrags mit der EU pochen. Und gleichzeitig wollen wir mit den Europäischen Grünen zusammen die entscheidende Grundsatzdebatte führen: Welche Kräfte destabilisieren und spalten Europa – und wie können wir das ändern? Debattieren Sie mit: an der grünen Europa-Tagung vom 28. Februar in Zürich!

## GRÜNE EUROPA-TAGUNG



Wann: 28. Februar, 15 – 19 Uhr  
Wo: Zürich

Mit Reinhard Bütikofer (im Bild, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der Europäischen Grünen), Aline Trede (Nationalrätin BE) und Regula Rytz (Präsidentin GRÜNE Schweiz und Nationalrätin BE).

Weitere Infos folgen ab Ende Januar auf [www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)



Regula Rytz  
Präsidentin  
GRÜNE Schweiz,  
Nationalrätin BE  
[@RegulaRytz](https://twitter.com/RegulaRytz)

# EIN SUBSTANZLOSES CO<sub>2</sub>-GESETZ

## LEHNEN WIR GRÜNEN AB

Der bereits ungenügende Entwurf des CO<sub>2</sub>-Gesetzes wurde von einer SVP- und FDP-Mehrheit im Nationalrat noch weiter ausgehöhlt. Jetzt muss der Ständerat das Gesetz auf Basis des bundesrätlichen Vorschlages neu beraten – hoffentlich mit mehr Verantwortungsbewusstsein.



Die Grüne Fraktion setzte sich in der Wintersession in der stundenlangen Debatte zum CO<sub>2</sub>-Gesetz unermüdlich für ein griffiges Gesetz ein.

Wer dachte, dass der Nationalrat den Klimawandel nach dem vergangenen Dürresommer endlich ernst nehmen und sich für eine konsequente Umsetzung des Pariser Klimaabkommens einsetzen würde, hat sich geirrt. Die nationalrätliche Umweltkommission hatte den Gesetzesentwurf des Bundesrates zwar zuerst noch leicht verbessert. Der SVP-FDP-Block im Nationalrat zerpfückte ihn aber anschliessend bis

zur Substanzlosigkeit. Das Minimalziel zur Reduzierung der Inlandemissionen wurde gestrichen. Verbindliche Vorgaben wurden in schwammige Richtwerte umformuliert. Die Qualitätskriterien für die Emissionskompensation im Ausland wurden abgeschafft. Mit unserem Vorschlag, auch den Finanzsektor zu Klimaschutzmassnahmen zu verpflichten, bissen wir auf Granit. Und auch gegen Billigstarife im Flug-

verkehr wurden keine Massnahmen formuliert – die Zunahme des Flugverkehrs und der damit verbundenen CO<sub>2</sub>-Emissionen schienen niemanden zu stören.

### Ein Affront gegenüber nachkommenden Generationen

Die SVP und die FDP haben gezeigt: Sie haben keinerlei Skrupel, unseren Kindern und Enkel\*innen die Probleme und Kosten des ungebremsten Klimawandels zu vererben. Zu dieser verantwortungslosen Haltung sagen wir GRÜNE geschlossen nein. Aus diesem Grund haben wir das CO<sub>2</sub>-Gesetz in der Schlussabstimmung abgelehnt. Nun muss der Ständerat auf Basis des bundesrätlichen Vorschlags einen neuen Gesetzesentwurf formulieren. Es bleibt zu hoffen, dass er mehr Verantwortungsbewusstsein zeigt als die grosse Kammer.



Bastien Girod  
Nationalrat ZH  
@bastiengirod

## PARTEIDEMOKRATIE IM DIGITALEN LABOR

Die digitalen Werkzeuge beeinflussen unser alltägliches Leben, wir verwenden sie aber noch selten in demokratischen Prozessen. Obwohl sie das Potenzial haben, die Basisdemokratie der GRÜNEN bei der Entscheidungsfindung, in Debatten oder bei Vernehmlassungen weiterzuentwickeln. Wie lässt sich eine Veranstaltung gestalten, um eine Beteiligung auch aus der Ferne möglich zu machen? Wie schreiben und verantworten wir gemeinsam Programme und andere Texte mit digitaler Unterstützung?

Solchen und weiteren Fragestellungen wollen wir uns einen Tag lang gemeinsam widmen und dabei direkt anwendbare Konzepte, Methoden und Tools entwickeln. Eingeladen sind alle, die sich dafür interessieren, wie wir unsere parteiinterne Demokratie mit den heute verfügbaren Technologien verbessern können. Es sind keine technischen Vorkenntnisse nötig. Veranstaltet wird der Workshop von der Gruppe Netzpolitik der GRÜNEN in Zusammenarbeit mit weDecide ([www.wedecide.ch](http://www.wedecide.ch)).

Wann: Samstag, 19. Januar, 8.45 – 17.15 Uhr  
(offenes Ende für alle, die länger kreativ sein wollen)  
Wo: Liip, Schmiedenplatz 5, Bern  
Verpflegung: Mittagessen wird offeriert

Anmeldung und weitere Informationen unter:  
[www.liip.to/labgruene](http://www.liip.to/labgruene)

# MACHEN WIR 2019 ZUM FRAUENWAHLJAHR!

In der Wintersession wurden zwei neue Bundesrätinnen gewählt. Doch das ist erst der Anfang. Die Gleichstellung von Frauen und Männern steckt in der Schweiz noch immer in den Kinderschuhen. Mit unserem Engagement für die Elternzeit, mit dem Frauenstreik vom 14. Juni und der Gründung des «Netzwerk grüne Frauen\*» wollen wir einen grossen Sprung nach vorne machen.



«Die netten kleinen Mädchen kommen ins Paradies... Die anderen, wohin sie wollen» – aufgefallen an der nationalen Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung #ENOUGH18 am 22. September 2018 in Bern.

Frauen und junge Eltern sind in der Politik noch immer untervertreten. Das Bundeshaus und die Sitzungszeiten sind nicht auf Parlamentarier\*innen mit Kindern abgestimmt. Die dreiwöchigen Sessionen mit ihren langen Tagen sind nicht familienfreundlich. Das wunderschöne Bundeshaus hat zwar ein Raucherzimmer, kennt aber kein Wickelzimmer, geschweige denn ein Stillzimmer, wo ich meinen kleinen Sohn stillen kann. Es gibt auch keine Bundeshaus-Kita und keinen Hort. Das Bundeshaus ist männlich – Frauen nicht vorgesehen, Mütter schon gar nicht. Aber auch engagierte Väter haben es schwer.

Deshalb braucht es nicht nur mehr Job-Sharing im Beruf, mehr Teilzeitstellen für Männer, mehr Eltern mit kleinen Kindern in den Chefetagen, mehr Elternzeit und Krippenplätze. Nein, es braucht auch ganz einfach mehr Frauen in der Politik. Denn letztlich sind es insbesondere wir Frauen, die unter der heutigen Unvereinbar-

keit von Familie und Beruf ächzen. Und die etwas ändern wollen.

## Gleichstellung ist bei uns Programm

Es braucht mehr Frauen – und deshalb braucht es mehr GRÜNE. Denn Gleichstellung ist bei uns GRÜNEN Programm. GRÜN geht nur gleichberechtigt. Und so ist es kein Wunder, dass wir mit Monica Zingg 1985 als erste nationale Partei eine Präsidentin hatten. Es ist auch kein Wunder, dass wir die jüngste und weiblichste Bundeshausfraktion stellen. Dass wir in den kantonalen Parlamenten mit einem Frauenanteil von 45,5 Prozent bei der Geschlechtergerechtigkeit den ersten Rang belegen. Ebenso mit einem Regierungsrätinnen-Anteil von 66 Prozent. Dass die Statuten der GRÜNEN Schweiz durchgehend in der weiblichen Form verfasst sind. Wir sind die Avantgarde der Gleichstellungspolitik und werden so lange mit gutem Beispiel vorangehen, bis die Gleichstellung endlich Realität wird.

## Gleichberechtigt und enkel\*innentauglich

Weil der Weg zur tatsächlichen Gleichstellung lang und steinig ist, gründen wir im Frauenwahljahr 2019 das «Netzwerk grüne Frauen\*». Und zwar am Jahrestag der formellen Einführung des Frauenstimmrechts. Am 16. März. Das ist der Tag, an dem die Schweiz 1971 zur Demokratie wurde. Warum ein Netzwerk? Weil eine geschlechtergerechte Besetzung der Wahllisten im Wahljahr nicht ausreicht, um der Gleichstellung Schub zu geben. Wir brauchen auch mehr Vernetzung untereinander und mehr Austausch – das haben uns die Männer voraus. Wir beginnen am 16. März mit einem Startevent und schwören uns auf den Frauen\*streik am 14. Juni ein. Denn wenn der Frauenanteil in Bundesbern 48 Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts noch immer bei beschämenden 15 Prozent im Ständerat und bei 33 Prozent im Nationalrat runddümpelt, dann hat die aktuelle Politik versagt. Und wenn mich das Stillen als junge Mutter auch 2019 im Bundeshaus noch zur Exotik macht, dann müssen wir das ein für alle Mal ändern. Und das werden wir. Zusammen. Für uns. Und für unsere Kinder. Gleichberechtigt und enkel\*innentauglich.

### Vormerken:

- 16. März: Gründung des «Netzwerk grüne Frauen\*» in Bern, 10 – 14 Uhr
  - 14. Juni: Nationaler Frauen\*streik
- Mehr Infos folgen auf [www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)



Irène Kälin  
Nationalrätin AG  
@KaelinIrene

# WAFFEN FÜR BÜRGERKRIEGE: ROTE KARTE!

Wenn ich höre, dass die Schweiz Waffen an Länder liefert, die in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, wird mir schlecht. Werden bald auch Waffen in Bürgerkriegsländer exportiert? Sorgen wir mit der Korrektur-Initiative dafür, dass der Bundesrat solche Entscheide nicht im Alleingang fällen darf!

Die Schweiz hat eine lange humanitäre Tradition, die mit der Gründung des Roten Kreuzes im Jahr 1863 ihren Anfang nahm und heute in der ganzen Welt anerkannt ist. Zu dieser Tradition passt aber in keiner Weise, dass unser Land Waffen in Bürgerkriegsländer liefern will. Und dass die Schweiz zwischen Januar und September 2018 für 299 Millionen Franken Kriegsmaterial in 61 Länder geliefert hat – auch in Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind. Und

dass der Ständerat nun vor der Rüstungslobby kuscht und es dem Bundesrat weiterhin ermöglichen will, im Alleingang über Waffenlieferungen in Kriegsgebiete – möglicherweise gar in Bürgerkriegsländer – zu entscheiden. Darum haben wir GRÜNE in einer breiten Allianz die Korrektur-Initiative mitlanciert. Mit dem Ziel, dem Parla-

ment und der Bevölkerung bei Regelungen zu Kriegsmaterial-exporten Mitsprache zu gewähren. Und Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu verhindern.

### Unterschreiben Sie noch heute!

Auf [korrektur-initiative.ch](http://korrektur-initiative.ch) oder auf dem untenstehenden Bogen (unterschreiben, ausschneiden und einsenden an GRÜNE Schweiz, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern).



Aline Trede  
Nationalrätin BE,  
Mitglied Initiativkomitee  
[@alinetrede](mailto:@alinetrede)



## Eidgenössische Volksinitiative: «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 11.12.2018. Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:



Die Bundesverfassung<sup>1</sup> wird wie folgt geändert:  
Art. 107 Abs. 2–4

2 Er [der Bund] erlässt in der Form eines Bundesgesetzes Vorschriften über die Herstellung, die Beschaffung und den Vertrieb sowie über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial.

<sup>3</sup> Auslandsgeschäfte mit Kriegsmaterial sind insbesondere verboten, wenn:

- a. das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist; das Gesetz kann Ausnahmen vorsehen, namentlich für:
  - 1. demokratische Länder, die über ein Exportkontrollregime verfügen, das mit demjenigen der Schweiz vergleichbar ist,
  - 2. Länder, die ausschliesslich im Rahmen einer Resolution des Sicherheitsrats der Organisation der Vereinten Nationen in solche Konflikte verwickelt sind;
- b. das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt;
- c. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird; oder
- d. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.

<sup>4</sup> Abweichend von Absatz 3 kann das Gesetz Ausnahmen vorsehen für Geräte zur humanitären Entminung sowie für einzelne Hand- und Faustfeuerwaffen mit dazugehöriger Munition, sofern die Waffen ausschliesslich privaten oder sportlichen Zwecken dienen.

Art. 197 Ziff. 12<sup>2</sup>

12. Übergangsbestimmung zu Art. 107 Abs. 2–4 (Waffen und Kriegsmaterial)  
Treten innerhalb von drei Jahren nach Annahme von Artikel 107 Absätze 2–4 durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

<sup>1</sup> SR 101

<sup>2</sup> Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:	PLZ:	Politische Gemeinde:				
Name (eigenhändig)	Vornamen (eigenhändig)	Geburtsdatum (Tag / Monat / Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	mehr Informationen	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						

### Ablauf der Sammelfrist: 11.06.2020

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: **Bachmann François**, Le Chemin 18, 1305 Penthalaz, **Bardill Johannes**, Dorfstrasse 58, 8816 Hirzel, **Burgermeister Jean**, Rue de la Ferme 8, 1205 Genève, **Chevalley Isabelle**, Route du Marchairuz 20, 1188 St-George, **Christen Michael**, Hauptstrasse 3, 3475 Riedwil, **Félix Nicolas**, Rue St-Victor 29, 1227 Carouge, **Flach Beat**, Im Fahr 18, 5105 Auenstein, **Frösch Therese**, Hochfeldstrasse 101, 3012 Bern, **Jansen Ronja**, Tschoppenhauerweg 7, 4402 Frenkendorf, **Jaria Anthony**, Route du Centre 79, 1727 Corpataux, **Krattiger Eva**, Melchtalstrasse 6, 3014 Bern, **Küng Magdalena**, Waltenschwilerstrasse 3, 5610 Wohlen, **Landolt Martin**, Sonnenweg 27, 8752 Näfels, **Lang Josef**, Blumenbergstrasse 42, 3013 Bern, **Lempert Lewin**, Müllerstrasse 48, 8004 Zürich, **Mazzone Lisa**, Croisette 18, 1205 Genève, **Naeff Anna**, Neustadt 59, 8200 Schaffhausen, **Repond Julien**, Route de Vernier 108 C, 1219 Châteline, **Schmid Judith**, Champagneallee 31, 2502 Biel, **Seller Graf Priska**, Hördenstrasse 124, 8302 Kloten, **Seydoux-Christe Anne**, Rue du Mont-Terri 15, 2800 Delémont, **Sommaruga Cornelio**, Crêts-de-Champel 16, 1206 Genève, **Sommaruga Carlo**, Boulevard des Philosophes 11, 1205 Genève, **Streiff Marianne**, Kirchgassli 25, 3322 Urtenen, **Trede Aline**, Sonneggiring 15, 3008 Bern, **Waeger Muriel**, Rue du Milieu 24, 1400 Yverdon-les-Bains, **Wallimann-Sasaki Thomas**, Rohrmatte 6, 6372 Ennetmoos

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende \_\_\_\_\_ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: \_\_\_\_\_ Eigenhändige Unterschrift: \_\_\_\_\_  
Datum: \_\_\_\_\_ Amtliche Eigenschaft: \_\_\_\_\_

Amtsstempel:

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt möglichst rasch zurückzusenden an:  
GRÜNE Schweiz, Waisenhausplatz 21, 3011 Bern



## MEINE STIMME GEHÖRT DEN GRÜNEN

Der Schriftsteller Peter Stamm ist ein GRÜNER der ersten Stunde. Seit über dreissig Jahren engagiert er sich für die GRÜNEN – für grüne Anliegen ging er aber auch schon als Bub auf die Strasse.

Vor Jahren habe ich in einem Interview gesagt, ich sei schon grün gewesen, bevor es die GRÜNEN gegeben hätte. Als ich meine Aussage dann in der Zeitung las, schämte ich mich dafür, es klang, als hätte ich das Grünsein erfunden. Dabei wollte ich nur sagen, dass meine Familie – wie viele andere – schon grüne Überzeugungen hatte, bevor die Partei gegründet wurde. Wir sammelten Geld für den WWF, lasen auf der Strasse Abfall zusammen, einmal verteilte ich an der Barriere mit der Schreibmaschine geschriebene Zettelchen an die Autofahrer\*innen, auf denen «Bitte Motor abstellen» stand. Achtsamkeit würde man das heute vielleicht modisch nennen.

### Anfänge in Weinfeldern

Zu den GRÜNEN kam ich dann aber über eine freie Liste, die sich in Weinfeldern gebildet hatte, um eine Umfahrungsstrasse zu verhindern. Nachdem wir unser Ziel erreicht hatten, traten die meisten von uns bei den GRÜNEN ein. Wann genau das war, kann ich nicht mehr sagen, aber es muss kurz nach der Gründung der Partei gewesen sein.

Die ersten Jahre war ich ziemlich aktiv,

aber als ich anfang, journalistisch zu arbeiten, zog ich mich etwas zurück, um durch mein Engagement nicht meine journalistische Neutralität zu gefährden. Neutral war ich allerdings trotzdem nicht. Noch heute bin ich stolz auf eine Klage des Militärdepartements, das unsere Nebelspalter-Crew 1995 wegen der «groben Beleidigung von Truppe und Kader, von Truppenärzten, Feldpredigern sowie Angehörigen der Militärjustiz und des EMD» vor dem Presserat verklagte (und nicht Recht bekam).

### Kein mustergültiger GRÜNER

Die grünen Anliegen haben mir einfach immer eingeleuchtet. Früher sagte ich oft, wer nicht grün sei, müsse entweder dumm oder unmoralisch sein. Heute denke ich das nur noch. Und selbst wenn auch in unserer Partei lange nicht alles rund läuft, wenn es manchmal zu sehr um Personen statt um die Sache geht, an meinen Überzeugungen hat das nie etwas geändert. Dass unsere Anliegen berechtigt waren und sind, beweist schon, dass viele von ihnen inzwischen Allgemeingut geworden sind und dass selbst die SVP langsam begreift, dass das Klima sich

ändert. Vielleicht auch das Klima, das diese Partei gross gemacht hat.

Ich bin kein mustergültiger GRÜNER. Ich fahre zwar wenig Auto, aber ich besitze eines. Und ich esse Fleisch und fliege auch mal mit dem Flugzeug in die Ferien. Ich habe mich immer gegen die Meinung gewehrt, dass nur grün sein könne, wer absolut konsequent lebe. Selbst der Fahrer eines spirtfresenden Autos kann für die Erhöhung der Treibstoffabgaben sein.

Ich habe mich immer wohl gefühlt bei den GRÜNEN, auch wenn ich in letzter Zeit viel zu selten bei Anlässen dabei war oder Versammlungen besuchte. Aber eine Partei braucht nicht nur Aktivist\*innen, sondern auch Wähler\*innen und Sympathisant\*innen. Und manchmal bin ich ja sogar Kandidat und hole für die Partei ein paar zusätzliche Stimmen. Meine Stimme jedenfalls gehört seit über dreissig Jahren den GRÜNEN. Und das wird auch so bleiben.

Peter Stamm  
Freier Autor und  
Journalist  
[www.peterstamm.ch](http://www.peterstamm.ch)